

Volksmacht

Insertionsgebühr die sechs gespal-
tene Petitzeile oder deren Raum
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der Freien
Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beleg-
exemplar kostet 10 Pfg. Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion:
Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden
der Redaktion an allen Wochen-
tagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Telephon
Redaktion 2552

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon
Expedition 2537

Nr. 20.

Danzig, den 6. März 1912.

3. Jahrgang.

Weltrevolution.

Die wichtigen politischen Ereignisse im Deutschen Reich dürfen die Blicke nicht ablenken von den großen Umwälzungen, die der Kapitalismus in nahen und fernen Gegenden des Erdballes verursacht. Wissen wir doch, daß alles, was als innere Politik bezeichnet werden pflegt, in unlösbarem Zusammenhang mit den weltpolitischen Vorgängen steht. Wenn die große Revolution in China eine entscheidende Wendung genommen, wenn der machthungrige Imperialismus von Rußland, England und auch Italien schwere Erschütterungen eines gewaltigen und wichtigen Gebietes wie das vom Mittelmeer bis Indien erzeugt, wenn mehr und mehr offenbar wird, daß das nunmehr formell beendetes Zwischenstück von Marokko nur der Beginn weit folgenreicherer Ereignisse ist, an denen auch Deutschland beteiligt sein wird, dann ist es Zeit, wieder einmal zu einem Gesamtüberblick anzuhalten und aus unserer grundsätzlichen Anschauung heraus das Leitmotiv aller Geschehnisse klarzustellen.

Der Kapitalismus hat sich zu einer letzten gewaltigen Anstrengung aufgerafft, die Welt zu erobern. Schrankenloses Wachstum ist seine Lebensbedingung, aber je mehr er wächst, um so schneller rennt er in seinen Untergang hinein. Krieg und Revolution begleiten sein Wachstum, Weltkrieg und Weltrevolution bilden seinen Untergang.

Die Welt muß er erobern, bevor er seine Schuldigkeit getan hat und gehen kann. Wie klein war bisher sein Gebiet! Allerdings, in einem anderen Sinne beherrschte er die Welt schon einige Jahrhunderte. Aber die fremden Weltteile waren ihm immer noch abhängig, machtlose Nebendänder, nicht Heimat und Wohnort; sie standen unter seiner Herrschaft, aber waren nicht selbst kapitalistisch. Heimat und Wohnort des Kapitalismus war nur ein kleiner Erdensfleck, die Mitte Europas. Dort hat er sich aus dem primitiven mittelalterlichen Leben erhoben und in einer raschen Entwicklung dreier Jahrhunderte aus einer beschränkten Dorfwirtschaft eine Weltwirtschaft hochorganisierte Arbeit geschaffen, die auf einer großartigen Entwicklung von Technik und Wissenschaft beruht.

Von diesem kleinen Erdensfleck ging die Revolution der Welt aus. So beschränkt sein Gebiet war, hatte der Kapitalismus durch seine gewaltige innere Kraft die Fähigkeit, die Welt zu unterjochen. Wo Naturwirtschaft herrscht, ist Ruhe; und sind die Massen noch so reich, keine bewegende Kraft geht von ihnen aus; sie streben nicht in die Welt hinaus. Der Kapitalismus ist Leben, ruhelose Bewegung, Umwälzung, daher dringt er zerstörend in die tote Masse anderer Länder ein, wie eine Pilzkolonie sich in dem toten Nährboden ausbreitet. Er muß sich ausbreiten, denn er kann nicht ohne Nebenländer bestehen, die ihm als Agrarland und Absatzgebiet zugleich dienen. Daher war er genötigt, die Welt zu erobern; seine Geschichtsepochen, die Neuzeit, fängt mit der Entdeckung und Umsiedelung der ganzen Erdoberfläche an. Er erzeugte auch die Kräfte dazu; nicht durch seine Technik, durch seine Waffen, Werkzeuge und billigen Waren war er den anderen Völkern überlegen, sondern vor allem, weil er neue Menschen schuf. Er löste die Menschen vom alten zufriedenen, gewohnheitsmäßigen Denken ihrer engen Umgebung und weckte die gewaltigen in ihnen schlafenden Energien, Wagemut, Abenteuerlust, Kraft und Rücksichtslosigkeit. Seeräuber und Eroberer, kühner als die Wikinger, erfolgreicher als Alexander, grausamer als Shengs-Chan, schickte er hinaus, die Schätze der Welt zu plündern. Das reiche Indien wurde unter europäische Herrschaft gebracht, Afrika wurde ein Jagdgebiet für Sklaven, Amerika und Australien wurden neu besiedelt und zu einem zweiten Europa, einem Wohnort der weißen Rasse gemacht.

Aber das war alles doch nur Vorbereitung im Vergleich zu der Umwälzung, die seit einigen Jahrzehnten angefangen hat. Denn die Wirtschaft der fremden Weltteile wurde durch seine Veränderungen nur oberflächlich berührt, sie waren nur Kolonien, nicht Wohnort des Kapitalismus. Jetzt soll die ganze Welt sein Wohngebiet werden. Wie er sich auch durch die Naturschätze der ganzen Erde bereichert haben: nach noch viel mehr dürft sie seine Goldgrube. Er weiß, daß von allen Goldquellen die menschliche Arbeitskraft die unerschöpflichste und reichste ist, wenn sie nur mit den besten Arbeitsmitteln ausgestattet wird. Wie kann man die ganze ungeheure Arbeitskraft der gelben, braunen und schwarzen Menschenseife in so wahnwitziger Weise brach liegen lassen, indem man sich darauf beschränkt, mit ihnen zu handeln, sie auszurotten oder sie zu besteuern? Man kann sie nur richtig ausbeuten, wenn man die kapitalistische Produktion in die ganze Welt hinausträgt. Damit fängt die innere Revolution der Welt erst wirklich an.

In Amerika ist in den Vereinigten Staaten ein Industrieerfindungsland entstanden, das gleichwertig neben dem alten Europa europäischste, schon über das Weltmeer hinausstrebt und seinen Kapitalismus immer weiter über diesen ganzen Kontinent ausdehnt. Afrika ist in Ausbeutungsgebiete aufgeteilt, wo das europäische

Kapital schrankenlos herrscht. Während früher die Neger als Sklaven aus ihrer Heimat geraubt wurden, werden sie jetzt in ihrer eigenen Heimat zu Sklaven gemacht — und alle Szenen aus Dunkel Toms Hütte erscheinen wie ein harmloses Spiel neben den endlosen Greueln, den Menschenerschlagungen und Mißhandlungen im kapitalistisch unterjochten Afrika. Und jetzt macht der Kapitalismus sich an das gewaltigste Stück Arbeit, das ihm noch blieb, den Schlüsselstein seiner Entwicklung, die Industrialisierung Asiens.

In Asien blühte schon eine Jahrtausende alte Kultur, als Europa noch barbarisches Urland war. Dort drängt sich in ein paar fruchtbaren Flußebenen Indiens und Chinas die Hälfte der ganzen Menschheit dicht zusammen. Uralte Staaten und Religionen, die sich durch alle Stürme der Zeit erhielten, vereinigen die Menschen zu festen Riesenfürstentümern, hoher, wenn auch verfeinerter Kultur. Denn trotz aller oberflächlichen politischen Veränderungen blieb die Wirtschaft sich Jahrtausende gleich — intensive Landwirtschaft, von deren Hauptprodukt die wechselnden Gestalten von Fürsten, Feudalherren oder fremden Eroberern lebten. Jetzt ist endlich der Kapitalismus gekommen und zerstört derb die ewige Ruhe. Er kommt als Feind, als Ausbeuter, als Konkurrent; wo er kommt, weckt er Feindschaft, Haß und Widerstand. Und die Asiaten sind nicht wehrlos, wie die Neger, die über die Stammesverfassung nicht hinauskamen. Indem sie die zuerst bewundernd angefunkelte europäische Kultur in sich aufnehmen, werden sie zu Feinden Europas. Ihre Intelligenz knüpft an die alten nationalen oder religiösen Traditionen an, um die Menschen mit Hilfe einer weitverbreiteten Presse zu widerstandsfähigen Völkereinheiten zusammenzuschließen. Aber sie können den verhassten Feind nur mit seinen eigenen Waffen bekämpfen. Sie können den Kapitalismus nicht draußen halten; sie können nur, indem sie ihn übernehmen, und ihm durch innere Revolutionen die Bahn freimachen, den europäischen Kapitalisten den Weg versperren. Was als Kulturerscheinung das Erwachen Asiens heißt, ist der geistige Ausdruck des Einzuges des Kapitalismus in die alten asiatischen Kulturländer, und äußert sich politisch als ein Kampf zwischen dem jungen, emporkommenden asiatischen und dem alten, noch machtgewaltigen europäischen Kapitalismus.

Eine Periode von Völkerkämpfen riesigster Dimensionen bricht über Asien und die Nachbarländer herein, zugleich Kolonialexpeditionen, Revolution und Massenkrieg. Aber sie bedeuten mehr als die Kriege, die immer den Anfang des Kapitalismus begleiten. Sie sind zugleich der Anfang vom Ende und sie wirken in der gewaltigsten Weise auf die Klassenkämpfe Europas zurück.

Der Kapitalismus braucht große Nebenländer, um sich ausdehnen und dadurch leben zu können. Aber die freie kapitalistische Welt wird immer kleiner, das kapitalistische Land und damit die Zahl der Konkurrenten immer größer. Die politische Revolution Asiens, der Aufstand Indiens, die Rebellion der mohammedanischen Welt setzen der weiteren Ausbreitung des europäischen Kapitalismus ein entscheidendes Hemmnis entgegen. Und doch, er muß weiter. Denn wie die Rachegöttin dem Verbrecher, so sieht ihm die proletarische Revolution auf den Fersen; kann er nicht weiter, verzögert er seinen Lauf, so überholt sie ihn und schlägt ihn nieder. Hört die Expansion, die Quelle der neuen Prosperität auf, so treiben Krise und Arbeitslosigkeit, Not und Verzweiflung die Massen in die Rebellion hinein. Daher strengt der Kapitalismus alle Kräfte an, die Schranken niederzurennen, die ihn aufhalten; wütend schlägt er auf das immer dichtere Reich ein, das seinen Lauf hemmt. Auf einem stets sich verengenden Gebiet immer mehr gegeneinander gedrängt, prallen die Konkurrenten, die kapitalistischen Einzelstaaten Europas, immer schärfer aufeinander, heftige blutige Zusammenstöße werden immer unvermeidlicher. Zu den Befreiungs- und Kolonialkriegen Asiens gesellt sich der Weltkrieg zwischen den europäischen Völkern.

Dort aber findet der Kapitalismus neuen Widerstand. Denn der Feind, dem er zu entfliehen hofft, indem er kriegerisch nach irgend einer Seite durchzubrechen sucht, ist zugleich die Lärme, die er zu diesem Kriege braucht. Die große proletarische Volksmasse kann nicht dulden, daß gerade in dem Augenblick, wo sie daran gehen will, durch Beseitigung der Ausbeuter die Heimat zu einer Wohnstätte freier glücklicher Menschen zu machen, die machtlosen Ausbeuter Erde und Menschheit verwüsten, veröden und zerstören. Sie kündigt ihnen den Gehirnfuss; auf die Forderung des Weltkrieges antwortet sie mit der Weltrevolution. Wenn zum ökonomischen Elend, wenn zu Krise und Not noch Völkermord und Bruderkrieg der zivilisierten Nationen hinzukommen soll, dann steigen Empörung und revolutionäre Energie zur höchsten Siedehöhe — dann bricht der Tag der sozialen Revolution an.

So lehrt uns der Umblick, daß ein machtvolles Vordringen allüberall eingeseht hat. Ein Vordringen, dessen Triebkraft letzten Endes im Klassenbewußtsein des Proletariats wurzelt. Auch der wichtige Wahlsieg der Sozialdemokratie in Deutschland bedeutet eine Phase in der allgemeinen Umwälzung. Wollen wir seine Ergebnisse im vollen Umfang für die Sache des Proletariats nutzen, dann fängt

unsere Arbeit jetzt erst recht an. Dann heißt es weiter den Unterbau geschaffen für alles werdende in großen Organisationen, siegreich vordringenden Aufklärungsmitteln, in wirtschaftlicher Macht. Uns Werk drum! Wir erbauen eine neue Welt.

Politische Übersicht. Der Bergsklaven Los.

Zur Bewegung der Ruhrbergleute.

Aus dem tiefen, dunklen Schacht, wo er den schwarzen Diamanten gräbt, tritt der Bergmann nun in das Licht der Öffentlichkeit. Das Kapital anlagend, heischt er etwas mehr Anteil an dem Segen des Bergbaues. Den Unternehmern ist er die Quelle reicher Gewinne, der Bergmann opfert ihm Gesundheit und Leben. Einst gehörte er einem privilegierten Stande an. Er genoss Steuerfreiheit, Soldat brauchte er nicht zu werden, seine Berufsarbeit galt als wichtiger.

Der Kapitalismus hat längst auch den freien Bergmann zu einem rechtlosen Lohnsklaven gemacht. Und er gehört wahrlich nicht zu den beneidenswertesten. Abgeschliffen vom Sonnenlicht, meist in Gesellschaft mit nur zwei oder drei Kameraden, verrichtet er Tag für Tag seine schwere, aufreibende Arbeit. Heute ist er den Angriffen trodenen, in die Lunge eindringenden Kohlenstaubes ausgesetzt, morgen von herabrieselndem Wasser durchnäßt, eine Beute von Erkältungskrankheiten. Einmal muß er häuptlings seine Spitzhacke einschlagen, jetzt auf den Knien, dann auf der Seite, oft sogar auf dem Bauche liegend sein Gerät handhaben. Das zermürbt Geist und Körper!

Schnell geht der Bergmann zugrunde. Immer früher wird er invalide, „bergfertig“, wie der Sachausdruck lautet. Mancher weidet ihm keine kurze Arbeitszeit. In Wirklichkeit ist sie gar nicht so kurz. Zu den acht Stunden in der Grube kommt noch die Ein- und Ausfahrt, das Waschen und Umkleiden. Schon sind aus den 8 Stunden 8½ bis 9 Stunden geworden. Und dann wohnen die Bergarbeiter zu einem großen Teile ½ bis 1 Stunde von der Grube entfernt. Ihr Fernsein vom Hause dehnt sich bis zu elf Stunden und länger aus. Dabei trägt der Bergmann jeden Tag sein Leiden mit sich. Niemand weiß beim Fortgehen, ob er noch einmal zurückkehrt, noch einmal Weib und Kind, Vater, Mutter und andere Lieben wiedersehnt. Mancher steigt gesund in den tiefen Schacht hinab, mit zerschmetterten Gliedern oder tot, oft bis zur Unkenntlichkeit entstellt, von Feuergluten halb verzehrt, bringt man ihn zu Tage. Die Summe der Unfallgefahren, die ihn bedrohen, ist größer, als die in anderen Berufen. Sämtliche gewerblichen Berufsgenossenschaften verzeichneten im Jahre 1910 auf 1000 Versicherte 51,60 Unfälle, die Knappschaffts-Berufsgenossenschaft aber 135,20. Fast jeder siebente Bergklave verunglückt einmal im Jahre! Im Bergbau ist die Unglücksgefahr 2½ mal so groß als wie im Durchschnitt bei allen gewerblichen Berufen!

Die Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle macht das Bild nicht freundlicher. Während die Schwerverletzten nach der Gesamtziffer für alle gewerblichen Arbeiter 7,39 pro 1000 Versicherte erlagen, sind es bei den Bergarbeitern 14,67, also doppelt so viel.

Wie groß das Risiko des Bergmanns ist, beweisen ferner die Rechnungsergebnisse der Krankenkassen. Das Durchschnittsalter der Grubenleute steht weit unter dem aller gegen Krankheit versicherten Personen. Trotzdem sind jene mehr von Krankheit heimgegriffen. Im Jahre 1909 entfielen auf je 100 in den Krankenkassen Deutschlands Versicherte 40 Erkrankungsfälle und 82,6 Krankentage, bei den Knappschafftskassen jedoch ergaben sich 57,1 Erkrankungsfälle und 99,76 Krankentage. Die Beschwerlichkeit und Trübseligkeit der Arbeit, die hohe Unfall- und Erkrankungsgefahr, das frühe Siedum und das kurze Leben der Bergklaven in die Rechnung eingestellt, ergibt wahrlich kein angenehmes Los. Aber der Bergmann ist doch ein Mensch mit heißem Dreng nach Lebenslust und Glück. Er hat ein Recht, zu verlangen, daß der Betrag seiner freudlosen Berufsarbeit ihn wenigstens vor tagtäglichen Hungernöten schütze. Er darf, er muß sich aufbäumen gegen die Last der Existenznöte, er trägt genug an der Last in der Grube. Das achtet das Kapital nicht; schwerer und schwerer senkt unter seinem Druck der Bergmann. Die alle Produktionsprozesse umwälzende Technik steigerte auch im Bergbau die Ausbeutung der Arbeitskraft. Von der Einfahrt an muß jeder Muskel, jeder Nerv bis zum äußersten angespannt, dem Kapital tributpflichtig sein. Gemeinshaftliche Gebete, die Abhaltung sogenannter Bergmänner in der Grube, wobei neben beruflichen Fragen solche von häuslicher und familiärer Natur in den Kreis der Erörterung gezogen wurden, vertrieben früher die nominelle Arbeitszeit. Vorbei ist es mit solcher Herrlichkeit! Wie jeder Arbeiter, gilt auch der Bergmann dem Kapital nur das Objekt der Plusmacherei.

Die Unternehmer suchen gern den Anschein zu erwecken, als ob die Grubenleute als Entschädigung für all ihre Mühen, für all ihre Not und Pein, für alle Risiken der Arbeit reichlich hoch entlohnt würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Ruhrrevier halten sich die Löhne um zirka 150 Mark unter dem Jahresdurchschnittslohn der Walzwerks- und Hüttenarbeiter; in den anderen Revieren sind sie noch niedriger. Bei der Würdigung der Löhne muß man die gesamten Verhältnisse berücksichtigen. Die Schwere der Arbeit bedingt eine reichliche und gute Nahrungszufuhr, soll der Bergmann nicht schon als ganz junger Mensch invalide werden, ins Grab sinken. Obwohl das Kohlenlohn die Preise fast ununterbrochen heraufsetzt, schwanken die Löhne auf und ab. Im Jahre 1908 wurde eine Preissteigerung für Kohlen durchgeföhrt, gleichzeitig das Einkommen der Bergarbeiter geschmälert. Ihr Jahresdurchschnittslohn betrug im 3. Vierteljahr 1907 4,94 Mark, in der gleichen Zeit 1911 nur 4,72 Mark, trotz der vorausgehenden Lohnsteigerung, auf die sich die Unternehmer als Ursache der kürzlich erneut vorgenommenen Preiserhöhung beriefen. Nach den

Entgelt, was nur immer aus dem Körper herauswollte. Die Zufriedenheit des Brotherrn war ihm Dank genug und so wahrte denn sein Arbeitsverhältnis auch immer Jahre. Jahre zwar der Mühe und Not, aber auch der Anerkennung seiner Arbeitgeber. Ihre zufriedener. Mienen und ihr freundlich-herablassendes Kopfnicken bewiesen es ihm.

Als aber der Organisationsgedanke ihm aufgab, einmal seine Lage zu überschauen, einmal nachzudenken, um zu erkennen, daß er doch eigentlich als Proletar und Boier ein schlechter Sachwalter der kostbaren Naturgabe Arbeitskraft war, daß er, statt sorglich und haushälterisch mit seinem einzigen Gut umzugehen, dasselbe gedankenlos verschleudert hatte. Da er nun der Zukunft gedachte, da fiel es ihm wie Schuppen von den Augen. Nein, das durfte so nicht weiter gehen. Er war seiner Familie trotz seiner Sparsamkeit ein Verschwender gewesen. Das sollte und mußte von jetzt an anders werden. Aber mit Schrecken ward es ihm bald inne, daß es bereits zu spät war. Obwohl noch im rüstigen Mannesalter, spürte er hin und wieder, daß es gar nicht so recht gehen wollte, obgleich er bei weitem sinniger dreintrieb wie früher. Die sonst so straffen Muskeln fingen an, weichlich und wappelig zu werden und verlagten immer öfter den Gehorsam. In den nervigen Gliedern pulsierte das Blut zeitweise so unruhig, als wäre es irgendwo einen Ausweg. Dann wieder schien es, als hätte der Lebenssaft nicht mehr die Kraft, den Körper zu durchfluten. Im Herzen nagte und bohrete es von beständiger Angst. Jede Lappalie kränkte ihn und jeder Blick war ihm zuwider. Was war das nur? Konnte er sich wohl brüsten mit seiner Bärenmatur, und jetzt so hinfällig und senfibel? Ein Schauer überließ ihn. Das ist doch nicht etwa — nein, das durfte nicht sein; nur das nicht! Die Kinder waren doch alle klein und die Mutter selbst so ein Häufchen Leiden. Sie mer der Härte ihres Mutterberufs kaum gewachsen und dann — nein, nur nicht daran denken. Mal einige Tage ausspannen, sich gründlich erholen, dann würde sich schon wieder machen, dachte er.

Daß in der letzten Zeit Schmalhans so oft Küchenmeister war, konnte ja schließlich auch schuld sein; aber es ließ sich oft mit dem besten Willen nicht anders machen, weil gar so vieles sein mußte. Die Familie war groß. Aber man hatte doch früher auch Perioden gehabt, wo Fleisch und Butter wunderfelte Dinge waren, und es hatte nicht geschadet. Und jetzt krank werden? — Der äußere, immer noch herrliche Mann rechte sich, aber ein stehender Schim in der Herzgegend ließ ihn wieder zusammensinken. Er mochte suchen wo er wollte, er fand nur falsche Trostgründe. Ja, es war die höchste Zeit, daß etwas dazu getan wurde. Am Wochen schlusse wollte er sich krank melden. Wo zu hatte er denn all die Jahre in die Krankenkasse steuern müssen? Doch bis Sonnabend wollte er noch aushalten, denn an diesem Tage mußte ja sowieso das Werkzeug sauber gemacht und an Ort und Stelle gebracht werden. Am Sonntag drauf wollte er dann zum Arzt gehen. Dann fiel es doch nicht so auf und am Montag konnte er sich dann entschuldigen lassen, daß er krank sei. Er schämte sich gewissermaßen, sich selbst als arbeitsunfähig bekennen zu müssen.

Am Wochen schlusse, als nach Feierabend alles zur Empfangnahme des Lohnes bereit war, fühlte er beinahe eine Art Befriedigung, so ohne Aufsehen bis jetzt durchgehalten zu haben. Schwer, unendlich schwer war es ihm zwar geworden, sich immer auf den Beinen zu halten, aber er hatte doch seinen Willen —

Das Lohnen begann. Als die Reihe an ihn kam, händigte man ihm zugleich mit dem Lohn einen Zettel ein. Seine Mitarbeiter die ihm am nächsten standen, machten große Augen, denn jeder wußte, was solch ein Zettel zu bedeuten hatte. Ihm selber aber schlug das Herz bis zum Halbe hinaus, doch er kämpfte mit Mühe seine Erregung hinunter. Ungelesen und mit zitternden Händen steckte er das Papier in seine Brusttasche und wandte, mehr als er ging, hinaus. Draußen umringten ihn seine Kollegen mit Fragen: Warum denn du? Warum? —

Danzig.

Streik in den Schichauwerken!

Wie im vergangenen Jahre halten auch bei der diesmaligen Lohnbewegung die Herren Ziese und Carlson unentwegt an ihrem Herrenstandpunkt fest. Sie lehnen jede Verhandlung ab. Der Kampf ist daher auf der ganzen Linie entbrannt. Am Sonnabend Morgen traten um 8 Uhr die Arbeiter der Danziger Werft in den Streik. Mit der gleichen Beschlossenheit wie die Danziger Kollegen folgten um 4 Uhr nachmittags die Elbinger Arbeiter. Streikbrecher sind nur in ganz beschränktem Umfange vorhanden, sodaß der Betrieb der Werke nicht aufrecht zu erhalten ist.

Mittends um 6 Uhr gingen die Danziger Arbeiter ihren Lohn in Empfang nehmen. Während sonst die Auszahlung auf verschiedenen Straßen erfolgt und in zwölf Minuten beendet ist, dauerte sie dieses Mal mehr als zweieinhalb Stunden. Es gab nämlich nur an einer Stelle Geld. Um die Arbeiter zu provozieren, war ein großes Schuhmannsaufgebot anwesend. Sogar zwei berittene Polizeibeamte sollten die Firma vor den Arbeitern schützen.

Zu diesen Maßregeln lag nicht der geringste Anlaß vor, da die Arbeiter viel zu vernünftig sind, der Firma Schichau auf ihrem törichtigen Wege zu folgen. Die Polizeibeamten verhielten sich ebenfalls korrekt und so kam, obgleich verschiedene Arbeiter abends um halb neun noch nicht in den Besitz ihres Geldes gelangt waren, nicht der geringste Zwischenfall vor. Der Streik wird von den verschiedenen Organisationen in größter Einmütigkeit geführt.

Polizei und Volkswacht. Zu den seltsamsten Erfahrungen dieses Kapitels gehört die unlängst erfolgte Bestrafung unseres Redakteurs Schröder durch das Schöffengericht wegen Beleidigung des Schuhmanns Schewe zu 20 Mark Geldstrafe. Unserer Redaktion war die Mitteilung geworden, daß der Schuhmann Schewe den Schulknaben Hinz aus Schidlitz gequält haben sollte, als er ihn zur Schule bringen wollte. Nach dem ihm gelegentlich vor Gericht erteilten Rat, veröffentlichte Crispian diese Beschwerde nicht, sondern sandte sie an das Polizeipräsidium. Darauf wurde gegen ihn ein Verfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung begonnen! Als diese selbst für Ozebiens Jungfräulichkeit ungewöhnliche Entwicklung in der Volkswacht veröffentlicht wurde, folgte die Beurteilung Schröders wegen der Beleidigung des beteiligten Beamten! Dann kam wenigstens die tröstliche Maßnahme, daß das Verfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung gegen Crispian eingestellt wurde. Dafür wurde aber auch er durch die Anklage wegen Beleidigung des Schuhmanns Schewe reichlich entschädigt.

Nach einmaliger Vertagung stand er deshalb am 2. März vor dem Schöffengericht. Der achtjährige Knirps Hinz behauptete und blieb dabei, daß der Polizist ihn ins Gesicht packte und mehrere Ohrfeigen gab. Eine Zeugin G. beobachtete den Vorgang aus kurzer Entfernung und bestätigte die Angaben des Knaben. Der Schuhmann Schewe gab als Zeuge an, daß er gar nicht den Auftrag hatte, den Knaben zur Schule zu

bringen! Er sah ihn nur mit mehreren anderen während der Schulzeit auf der Straße und wollte ihn deshalb zur Schule bringen. Beschlagen wollte er jedoch nicht haben. Nur die Möglichkeit gab er zu, daß er ihn mit den Fingern zufällig die Wangen berührt haben könnte.

Der Anwalt Pohl forderte, obgleich die Angaben, die Crispian in der Beschwerde gemacht hatte, voll bestätigt waren, ohne jede Begründung 20 Mark Geldstrafe oder vier Tage Gefängnis!

Rechtsanwalt Rosenbaum führte aus, daß hier ein typischer Fall der Anwendung des § 193, Schutz berechtigter Interessen, vorliege. Nach dem Rat eine Berichtsvorsitzenden habe Crispian den Abdruck in der Zeitung unterlassen und sich schriftlich an die einzig zuständige Stelle, das Polizeipräsidium, gewandt. Peinlich sachlich habe er gehandelt. Es könne nicht von ihm gefordert werden, daß er vor der Führung der Beschwerde feststelle, ob die gemachten Angaben auch wahr seien. Dem Zweck dieser Nachprüfung diene aber die Beschwerde bei der Stelle, die allein über die dazu erforderlichen Mittel verfügte. Es müsse deshalb die Freisprechung erfolgen.

Das Gericht sprach ohne besondere Beratung die Freisprechung aus. Der Vorsitzende erklärte zur Begründung, daß es sich vollständig den Ausführungen des Verteidigers angeschlossen habe. Crispian habe vollständig korrekt gehandelt. Der § 193 stehe ihm im vollen Umfange zur Seite. Die Kosten seien der Staatskasse auferlegt.

Ein Todesurteil vollstreckt.

Am 1. März erschoss ein Militärposten den Maurer Walschtowski. Ueber die Einzelheiten des Vorfalles schreibt die bürgerliche Presse:

Abends gegen 7 Uhr bemerkte ein auf dem Festungsglaci am Russischen Grab stationierter Posten des Grenadier-Regiments Nr. 5 einen dem Arbeiterstande angehörigen jungen Menschen, der auf einer verbotenen Stelle das Festungsgelände überschreiten wollte. Da der Mann in der Richtung nach Schidlitz zu ging, war anzunehmen, daß er von der Arbeit kam und sich den Weg abkürzen wollte. Der Posten hielt seiner Pflicht gemäß den jungen Menschen an und wollte ihn zur Feststellung seiner Personalien arrestieren. Der junge Bursche (!) benahm sich dem Posten gegenüber jedoch äußerst renitent. Er griff diesen tätlich an, verletzete ihn mehrere Male Faustschläge ins Gesicht und zerriß ihm den Mantel. Mit einer plötzlichen Wendung riß er sich schließlich los, verletzete dem Posten einen wuchtigen Stoß vor die Brust, so daß dieser zu Boden taumelte, und versuchte die Flucht zu ergreifen. Der Posten war nun gezwungen, (!) von seiner Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Er sandte dem Flüchtling eine Kugel nach, die diesen in den Kopf traf, so daß er tot zusammenbrach. Wie sich herausstellte, handelt es sich um den unverheirateten 22-jährigen Maurer Felix Walschtowski aus Schidlitz. W. hat sich wahrscheinlich im trunkenen (!) Zustande befunden. Eine behördliche Untersuchung des Vorfalles ist bereits eingeleitet. Fest steht jedenfalls, daß der Posten sich streng an seine militärischen Vorschriften gehalten hat. Die Leiche des W. ist nach dem Weichhofe geschafft.

Auf das Resultat der behördlichen Untersuchung sind wir wirklich neugierig. Der Posten ist der einzige Zeuge, der andere ruht im Sarg. Als Grundlage für die Beurteilung des Dramas liegt lediglich die Aussage des beteiligten Soldaten vor. Diese kann nur einseitig sein, selbst wenn sie mit bestem Willen und Gewissen abgegeben wird.

Empörend ist die Unerschämtheit bürgerlicher Zeitungen, den jungen Mann, der erschossen wurde, als Burschen zu beschimpfen und ihn der wahrcheinlichen Trunkenheit zu beschuldigen. Dabei vermutet die Kapitalistenpresse auch nur, daß es sich um einen harmlosen Menschen handelt, der sich den Weg abkürzen wollte. Gewiß mußte der Posten, solange eben dementsprechende Bestimmungen bestehen, den Mann anhalten, wenn er auf verbotenen Wegen wandelte. Solcher Wege gibt es aber soviele wie der Sand am Meer und jedem kann es passieren, daß er wider Willen auf sie gerät. Es soll sich nun zwischen dem Maurer und dem Posten eine Schlägerei entwickelt haben. Wie weit das den Tatsachen entspricht, kann vielleicht durch die behördliche Untersuchung festgestellt werden. Walschtowski riß sich los, stieß den Soldaten zurück und ergriff die Flucht. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben nun, jetzt „war der Posten gezwungen“ zu schießen! Wieso war er gezwungen? Der Maurer wollte doch nur davonlaufen, woraus ersichtlich ist, daß der Soldat nicht weiter angegriffen wurde. Notwehr liegt demnach nicht vor. Also den Flüchtling traf die tödliche Kugel!

Eifertig wird verkichert: „Fest steht jedenfalls, daß der Posten sich streng an seine militärischen Vorschriften gehalten hat.“ Wenn es solche Vorschriften wirklich gibt, dann bedauern wir ihr Vorhandensein. Was sind das für Vorschriften, die einem Soldaten das Recht geben, in Fällen, wo er gar selbst beteiligt ist, Ankläger, Richter und Urteilsvollstreckter in eigener Person zu spielen?

Eine Flucht vor Verurteilung ist doch kein Verbrechen, das mit Todesstrafe geahndet werden muß. Hier drängen sich viele Fragen auf. Ob sie alle ihre Antworten finden werden?

Der Bäderobermeister Karow, ein blausharzer Landtagsabgeordneter für Danzig, wirkte am 27. Februar 1912 im Preussischen Abgeordnetenhaus in dem allgemeinen Scharfmacherkonzert kräftig mit. Die Posamentenlänge: Zuchthausgesetze für modern organisierte Arbeiter setzten das Leitmotiv jener Ausführungen dar.

Nach den vorliegenden Berichten führte unter anderem Herr Karow aus: der Minister möge dafür sorgen, daß die von ihm erlassenen Verfügungen von den nachgeordneten Behörden auch ausgeführt werden. Dies gilt insbesondere vom Anschluß der Innungen an Unternehmerverbände. Diesen Erlaß haben die nachgeordneten Behörden nicht überall durchgeführt. Die Unternehmerverbände sollen doch ein gewisses Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiterverbände schaffen und Streiks zu verhindern suchen im Interesse von Unternehmern und Arbeitern. Im Vorjahre begann in Danzig ein Streik. Da wurde von den Sozialdemokraten unerhörter Terrorisimus ausgeführt. Die Innung, der ich selbst vorstehe, hatte alle Bedingungen der streikenden Gesellen erfüllt, die Streikenden aber veranlassen, daß die Kontrakte der Streikleitung unterschrieben. Das mußte ich ablehnen, denn ich konnte meinen Kollegen nicht in den Rücken fallen. (Beifall.) So wurde der Boykott verhängt und er ist bis heute noch nicht aufgehoben (hört, hört!) und dies, obwohl unsere Arbeiter besser gestellt sind, als die bei der Konkurrenz (hört, hört!), nur weil wir uns nicht bedingungslos den sozialdemokratischen Forderungen unterwerfen haben. (Hört, hört!)

Der Minister v. Sydow erwiderte, daß er die einzelnen Fragen, die der Abgeordnete Karow anregte, an der Hand des Stenogramms prüfen werde.

Darauf wurde unter lebhaften Hört-hört-Rufen der Sozialdemokraten, mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums ein Schlußantrag angenommen, der unserem Genossen Borchardt das Wort abschnüht.

Genosse Borchardt nagelte diese konservativ-zentrierte Heidenkat sofort durch folgende Ausführungen fest: Es haben hier mehrere Redner unaufhörlich Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In dem Moment, wo wir auf sie zurückkommen wollen, wird Schluß gemacht. Das mag ja in diesem Hause üblich sein,

da es mir schon ein paarmal so gegangen ist, jedoch anständig ist das nicht. (Lebhafte Ohorufe rechts.)

Herr Karow kann von Glück sagen, daß ihn seine Freunde vor einer derben Richtigung auf der Stelle bewahrten.

Es ist nicht wahr, daß die Danziger Bäckereinnung die Forderungen der Bäckergefallen bewilligt hatte und daß trotzdem gestreikt wurde. Die Innung suchte die Oeffentlichkeit dadurch zu täuschen, daß sie, hinter dem Rücken der Beteiligten, mit einigen Gelben einen sogenannten Tarif abschloß. Man verschrieb sich dann den gelben Wischnowski aus Berlin als Streikbrecherermittler. Die Meister wollten durch unerhörtesten Terrorisimus ihre Gesellen in die gelbe Organisation zwingen und so den freien Verband sprengen. Jene Scharfmacher pfliffen auf das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht und versuchten die Arbeiter wie Leibeigene zu schinden.

Damit dem Herrn Minister Material bei der Prüfung der Beschwerden des Herrn Karow zur Verfügung steht, führen wir hier einige Tatsachen an. Diese bringen den schlagenden Beweis, auf welcher Seite während des Bäckerstreiks Terrorisimus geübt wurde:

Der Bäckermeister L. empfahl seinen Kollegen, die Bäckergefallen, die im Verbanne sind, mit dem Besenstiel aus dem Hause zu treiben. Dieser Herr führte wörtlich aus: „Es fehlte auch noch, den Bäckergefallen alle 14 Tage einen freien Tag zu geben. Wir Meister sollen für den Gelben dann alle 14 Tage arbeiten und der Geselle geht mit der Frau Meisterin zur Abwechslung ins Bett.“

Bei dieser Rede fand der Bäckermeister bei seinen Kollegen stürmischen Beifall. Weiter sagte der Herr, daß es unmöglich ist, Kost und Logis den Gelben aus dem Hause zu geben, weil sonst die Bäckergefallen den Meister bestehlen werden.

(Siehe Volkswacht vom 17. Juni 1911.)

Wohl selten haben bürgerliche Zeitungen in einem wirtschaftlichen Kampfe sich so offen auf die Seite der Unternehmer gestellt. Alle Berichte der genannten Zeitungen über die Bewegung der Bäckergefallen sind in der empörendsten Weise entstellt. Und das, trotzdem auch die bürgerliche Presse durch den Verband über den Streik richtig informiert ist. Allen voran gehen die Neuesten Nachrichten mit dem Schwindel, daß der Streik bereits beendet ist. Sie veröffentlichen sogar den Scheinvertrag, den die Innung mit 10 bis 12 Mann unter Aufsicht des gelben Wischnowski-Berlin fabrizierte, und geben ihn als einen ordnungsgemäß abgeschlossenen — Tarifvertrag aus! Durch diese Veröffentlichung wird das Publikum in den falschen Glauben versetzt, daß der Lohnkampf bereits beigelegt ist. Eine Verichtigung der Streikleitung wurde von den Danziger Neuesten Nachrichten veröffentlicht!

Ein Bahnbeamter interessierte sich derart für die bedrängten Bäckermeister, daß er ihnen bei dem Empfang eines Streikbrechertransportes einen sonst für die Reisenden abgesperrten Raum gewährte. Fahrgäste, die ein Billet besaßen, versuchte der Beamte aus den Bahnhofsräumen, unter Berufung auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen, hinauszumüssen.

Wie dreist die Hausreißer sind, beweist die am 26. Juni verübte Raubthat des gelben Streikbrechers F., der einem Streikenden mit einem Stock fast das linke Auge ausgeschlagen hat. Der Kollege ist schwer verletzt. Das Auge ist durchschlagen und mit Blut unterlaufen. Wie würden die bürgerlichen Zeitungen zernern, wenn ein Streikender solche Tat begangen hätte.

(Volkswacht vom 1. Juli 1911.)

Der Arbeitsvermittler und ein Vorstandsmitglied der Bäckereinnung drohten den Streikenden: „Wenn Ihr nicht sofort mit dem Streiken aufhört, kommt Ihr auf die schwarze Liste und wir hungern Euch aus!“ Der Obermeister Karow drohte, daß jeder Meister eine Liste der Gesellen erhalten soll, die sich an der Bewegung beteiligt haben.

(Volkswacht vom 8. Juli 1911.)

Bäckermeister R., Sandweg, kaufte einen Browningrevolver, probierte ihn in seinem Betriebe und äußerte befriedigt zu seinen Gesellen: „Das Ding ist gut. Sie sollen mir jetzt nur kommen!“

(Volkswacht vom 16. September 1911.)

Das ist einiges, was wir im Augenblick aus dem Meer der Vergessenheit fischen konnten. Fügen wir noch hinzu, daß Streikenden bei Aufnahme der Arbeit die Verbandsbücher abgenommen und diese in besudelten Zustände dem Gauleiter der Bäcker zugestellt wurden, dann rundet sich das Bild noch mehr zu Ungunsten der Unternehmer ab. Ohne guten Grund nahmen die Herren feinerzeit in dem Boykottprozeß gegen die Volkswacht nicht die Klage zurück und zahlten die beträchtlichen Kosten. Im Interesse der Bäckermeister selber hätte Herr Karow gut getan, diese Geschehnisse nicht auszuräumen. Ruhm kann er so wenig wie seine Kollegen dabei ernten.

Ein Bauunfall, der sich im Juni vorigen Jahres in der Berggasse ereignete, kam vor der Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt waren die Bauunternehmer Jurtzyl aus Schidlitz, der Baugewerksmeister Franke, der Bauunternehmer Claassen, beide aus Langfuhr, und der Zimmerer Mach-Berlin. Jurtzyl führte den fraglichen Bau aus, Franke war die Aufsicht übertragen. Am 13. Juni wurde die Balkenlage des ersten Stockwerkes gelegt. Dabei brach ein gemauertes Bogen zusammen. Zwei Arbeiter stürzten in den Keller und erlitten schwere Verletzungen. Nach Ansicht des Gerichts sind die Meister zu schuldig gewesen; auch ist in der Verankerung ein Fehler unterlaufen. Franke wurde zu 150 Mark Strafe verurteilt, während Jurtzyl 50 Mark Strafe erhielt. Bei den beiden anderen Angeklagten lautete das Urteil auf Freisprechung.

Verdorbenes Nahrungsmittel. Im Jahre 1911 ließ das Danziger Polizeipräsidium 394 Proben von Nahrungsmitteln amtlich untersuchen. Darunter befanden sich 195 Proben von Milch und 31 von Limonade. 122 mal wurde Schokolade untersucht. Unter der letzteren befanden sich nur 51 einwandfreie Proben, während in 71 Fällen die Schokolade beanstandet wurde. Von der Milch stellte die Polizei fest, daß sie in 20 Fällen nicht den Anforderungen des Gesetzes entsprach. Die Limonade war in 11 Fällen nicht, wie sie sein sollte, 17 mal waren Getränke, Fische, Fleisch oder Gebäck verfälscht oder verdorben.

Zwei Besitzer vom Lande und drei Danziger Milchhändler wurden vom Gericht zu Strafen von 6—30 Mark verurteilt. Bierpantischer brachte einem Buffetier 50 Mark Strafe ein. Zwei Fleischer erhielten je 15 Mark Strafe, weil sie Wiener Würstchen gefärbt hatten. Ein Fleischer hatte verdorbenen Speck verkauft. Er wurde mit 50 Mark Geldstrafe. Einer Fleischerfrau diktierte das Gericht wegen Freihaltens von verdorbenem Fleisch 30 Mark Strafe zu, desgleichen einer Handelsfrau, die faule Eier verkaufte. Noch niedriger waren die Strafen, die das Gericht wegen des Verkaufes der verfälschten Limonade und des Schokoladenpulvers verhängte. Sie betragen 2 (!) — 20 Mark. Der Geschäftsführer eines Automatenrestaurants, der statt der Butter Margarine auf die Brötchen streichen ließ, kam ebenfalls mit 20 Mark Strafe davon. Alles in allem: die Verkäufer von verdorbenem und

verfälschter Ware landen milde Richter. Strafen von 5 und 10 Mark können nicht abschreckend wirken. Die Verfälschung von Lebensmitteln ist ein Geschäft, das derart niedrige Strafen in kurzer Zeit wieder einbringt.

Handwerkskammer und freie Turnerschaft. Die Leitung der Innungskrauterei scheint unter außerordentlichem Arbeitsmangel zu leiden. Deshalb betätigt sie sich jetzt auf einem besonderen Gebiet. Ihr Vorsitzender, der klerikale Stadtverordnete Herzog, ist an der harruffischen Jugendpflege beteiligt und neuerdings auch noch unter die „Pfadfinder“ des zur kriegerereinsmäßigen Versimpelung der arbeitenden Jugend bestimmten Jungdeutschland-Bundes gegangen. Diese Bestrebungen glaubt Herzog wohl auch in amtlicher Eigenschaft unterstützen zu müssen. Am meisten scheint er die freie Turnerschaft aufs Korn genommen zu haben. Diese ist schon längst von dem liberalen Magistrat zur politischen Partisanorganisation, wie der Stadtrat Loop schrieb, gestempelt. Und da der reaktionäre Jugendfang nur mit geistigen Waffen betrieben werden soll, so ist selbstverständlich, daß Herr Herzog, der sonst schon viel Pech hatte, wenigstens auf diesem Gebiet Vorbeeren ernten möchte. Seit einiger Zeit erhalten Lehrkinder solcher jungen Leute, die der freien Turnerschaft angehören. Vorladungen in das Bureau der Handwerkskammer. Dort wird ihnen erklärt, daß sie binnen 24 Stunden die schriftliche Bestätigung des Vereinsvorstandes darüber beibringen müssen, daß die Lehrlinge aus der freien Turnerschaft ausscheiden seien!

Diese Zumutung ist eine Annäherung der Handwerkskammer, für die ihre jede gesetzliche Handhabung fehlt. Sie darf niemand zum Austritt aus der absolut unpolitischen freien Turnerschaft zwingen! Am allerwenigsten ist deren Vorstand verpflichtet, der Innungsleitung irgend welche Auskünfte oder keine Mitteilungen zu erteilen. Besonders interessant wäre die Beantwortung der Frage: wohnt die läbliche Handwerkskammer in den bisher allerdings nicht zu zahlreichen Fällen die Wirtschaftlichkeit der jungen Leute erschüttert? Die Vater und Angehörigen der jungen Leute sollten gegen solche Redeweise der Junktyschke energisch Front machen.

Etwas was den Danzigern bisher noch fehlte. Die Gründung einer Verkaufsgesellschaft für edle Reit- und Wagenpferde, verbunden mit einer Reit- und Jagdschule und einem Turnierplatz, planen eine Anzahl erachtlicher Herren. Ihrer dreißig hatten sich vor einiger Zeit in Cafe Central versammelt, um die Gründung einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung vorzunehmen. Der Geschäftsanteil des einzelnen Mitgliedes soll 200 Mark betragen. Die Erhaltung der nötigen Gebäude (Hof) mit 100 000 - 150 000 Mark bewirken zu können. 150 000 Mark waren bereits vor der Gründungsverammlung eingezahlt. 100 000 Mark wurden noch in dieser Angelegenheit. In der Hoffnung glücklich den achten Teil der für die Bauarbeiten notwendigen Summe beisammen haben. Da für das Unternehmen aber auch ein Betriebsfonds vorhanden sein muß, steht außer den sieben Ritzeln die noch für die Bauarbeiten aufzubringen sind, eine weitere Stange Geld. Wie gut, daß die Danziger Stadtwirtschaft das neue Unternehmen, das einem so schädlichen Bedürfnis abhilft, in großzügiger Weise zu honorieren bereit ist.

Zur Errichtung des Krematoriums in Danzig. Es gibt Christen, die sich keine Gewissensbisse daraus machen, den Leichen oder deren Asche ihrer Nächsten zu verhaften, zu verheizen oder gar zu befeuchten, wenn er von den üblichen verheulenen Dognen abläßt. So können gewisse Mäcker ersehen nicht verheimlichen, daß es in Danzig viele Einwohner gibt, die es nicht mehr ertragen können. Sie haben die Gewissensbisse vor. Wenn dadurch auch die Kirche auf ihrem Spekulationsgebiet den sie mit Grund und Boden treibt, an ihrem Goldhaufen, die getroffen wird, dann berechtigt das noch keineswegs dazu, diejenigen in ihren geistigen Überzeugungen zu verletzen, die nach ihrer freien zur letzten Ruhe gebracht werden wollen. Wie es mit manchen Fremden solche Anstands- und Sittengesetze sind, beweist die Danziger Bürgergemeinde. Sie bringt folgende Beschlüsse unter der amtierenden Überschrift:

Zur Errichtung des Leichenhauses. Der Magistrat hat es bekanntlich mit der Errichtung eines Leichenhauses nicht allein mit der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch mit der Stadtverordnetenversammlung der Halbinsel. In der Sitzung vom 12. März 1911 hat der Magistrat den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zu Folge für 1911 beantragt die Zahl der Leichenhäuser 400, von denen 200 bereits vorhanden sind. Die Kosten für die Errichtung eines Leichenhauses in Danzig betragen 400 000 Mark. Die Kosten für die Errichtung eines Leichenhauses in Danzig betragen 400 000 Mark. Die Kosten für die Errichtung eines Leichenhauses in Danzig betragen 400 000 Mark.

Die Besichtigung Leichenhäuser ist die Sache von der Polizei durch Feuer behandeln werden, wenn eine größere Anzahl Leichen vorhanden sind.

Sonst ist an der Notiz noch die Art interessant, wie nachgerechnet wird, wieviel Interessenten für die Benutzung des Krematoriums in Betracht kommen. Man zählt 241 Personen. So tief ist in Danzig die übelangebrachte Subventionierung der Reichen eingewurzelt, daß den meisten der Beteiligten gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, wie ungenießt sie das Allgemeinwohl mißhandelt. Doch es in Danzig laufende andere „gewöhnliche“ Einwohner gibt, die auf ein Krematorium warten, darauf kommt das harmlose Gemüt in der Bürgerzeitung nicht im Traume. Für dieses existiert nur der feudale Verein für Feuerbestattung, und was geschieht, das geschieht lediglich zum Besten dieses Vereins. Das niedere Volk ist Lust! Aus solchen Anschauungen können den Reicht, Sport- und Luxusvereinen der Reichen Millionen zu, während das Elend auf den Straßen seine Lampen zur Schau trägt.

Bericht des Arbeitersekretariats für den Monat Februar. Die Zahl der Befugten betrug 511 (411 im Vormonat). Gewerkschaftlich organisiert waren 231 (137), gewerkschaftlich und politisch 69 (60), mit politisch 44 (26), organisationsunfähig 23 (22), unorganisiert 174 (166). Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 530 (420), Schriftsätze wurden 106 (105) angefertigt. Jeder der Volkswacht waren 162 (134) Personen.

Streik der Damenschneider. Ein Ausstand der in der Damenkonfektion beschäftigten Schneider i. in Danzig ausgebrochen. Die Organisationen der freien und der christlichen Gewerkschaften gehen gemeinsam mit den Hirsch-Dankerschen und der polnischen Berufsvereinsleitung vor, um den Tarif zur Anerkennung zu bringen.

Der zweite Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins hielt am 29. Februar in der Maurerherberge seine Mitgliederversammlung ab. Leider ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Die Mahnung zur regeren Beteiligung ist daher sehr notwendig. Der Kassenbericht vom IV. Quartal 1911 ergab eine Einnahme und Ausgabe von 400,00 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 423, davon 100 weibliche. Genosse Origo referierte dann in einem interessanten Vortrag über die jüngsten Ereignisse in Reichs- und Landtag. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloßen mit der Aufforderung, die sozialistische Propaganda energisch besonders unter der Jugend weiter zu fördern. Schließlich wurde auch die Wahl von drei Vertrauensmännern für einige Unterbezirke vorgenommen. Zum Schluß machte Genosse Vog die Bezirkskassierer zur neuen Tätigkeit.

Im Leichenhaus verlor sich der Invalide. Ruffmann zu entlaufen. Zwei Arbeiter bemerkten den Vorgang und retteten den Lebenden aus.

Berichtliches.

Justitia über arme Leute richtend.

Kein Brot mehr im Hause. . . . Eine furchtbare Elendsgeschichte fand dieser Tage vor dem Dessauer Schwurgericht ihren Abschluß. Wegen dreifachen Mordes und Mordversuchs fand eine Frau vor den Richtern: sie hatte, um dem Ueberfluß des Elends zu entkommen, mit ihren vier Kindern in den Tod gehen wollen, hatte sie in die Bode gehoben und war ihnen selber dann nachgebrungen. Das Unglück wollte es, daß drei der Kinder ertranken, während ein Kind und die Mutter gerettet werden konnten.

Was war es, das die Bergmannsfrau Brandt zu ihrer furchtbaren Tat getrieben hatte? Ihr Mann war krank, sie selber war krank, und Hunger war des Hauses ständiger Gast. Eines Tages kam es, daß das letzte Stück Brot zu Ende ging. Und an diesem Tage nahm die Frau ihre Kinder und ging mit ihnen in die Bode! Die Richter waren gnädig. Sie verzichteten auf den Kopf dieser „Mörderin“ und verurteilten sie nur wegen Verhinderung unter widerlichen Umständen zu fünf Jahren Gefängnis. Vom Standpunkt einer öden Formalgerechtigkeit ist dieses Urteil wirklich überaus milde. Ein gewöhnlicher Jurist könnte vielleicht sogar zu der Frage kommen, ob hier nicht eine mit Ueberlegung ausgeführte Tötung im Sinne des § 211 St.G.B. vorliegt, die als Mord mit dem Tode zu bestrafen ist. Auch bei vorsätzlicher Ueberlegung kann eine Mutter, die kein Brot mehr für ihre Kinder hat, zu der Tat kommen, daß es das Beste sei, dem Kind ein kaltes Ende zu machen.

Darum ist die das Dessauer Urteil, das die Verurteilte nur zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, auch nicht gegen die Richter, desto mehr gegen die aus Sachverstandesgründen ihren Schwestern sie sind, und gegen die grausamen logischen Gedanken, die eine Mutter an Mordtaten ihrer Kinder denken, wenn sie ihre Wohltäterin sein will. Das Dessauer Urteil ist ein Belegstück der heillosen, der Welt-Verordnung.

Um fünf Pfennig! Vor der Strafkammer in Trier spielte sich ebenfalls ein Prozeß ab, der für unsere Rechtsverfolgung typisch ist. Ein Arbeiter aus Beurig an der Saar fuhr eines Tages nach der nächsten Bahnstation. Er hatte eine Fahrkarte vierter Klasse, kam aber etwas spät zum Bahnhof. Der Zug setzte sich in Bewegung; da er aber gern mit wollte, stieg er in ein Abteil dritter Klasse, das er eben noch erreichen konnte. Er meldete dies sofort dem Schaffner, um den Preisunterschied von fünf Pfennig nachzuzahlen. Er mußte aber außer dem doppelten Fahrpreis auch noch sechs Mark Strafe bezahlen. Aber damit war die Bahnbehörde noch nicht zufrieden, sie erbat Anzeige wegen Betruges. Tatsächlich wurde der Arbeiter auch auf die Anklagebank gebracht; das Schöffengericht sprach ihn frei. Der Staatsanwalt jedoch legte Berufung ein. So mußte sich nun auch noch die Strafkammer mit diesem schweren Verbrechen beschäftigen. Aber auch diese hatte kein Verständnis für diesen Bureaokratismus der Eisenbahn, sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Staatskasse zur Last. - Ein solcher Aufwand von Arbeit, um eine Betrugsanklage in einem Falle zu konstatieren, bei dem kein Tatbestandsmerkmal des Betruges vorliegt!

Wegen 10 Pfg. 6 Monate Gefängnis! Das Danziger M. Bladbach hat am 9. Oktober 1911 den wegen Betrages mehrfach vorbestraften Kaufmann Alois Fleisch wegen Falschbetruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Fleisch hatte sich eine Eisenbahnfahrkarte vierter Klasse gelöst und sich damit in ein Abteil zweiter Klasse gesetzt. Als er das Herankommen des revidierenden Schaffners wahrnahm, stellte er sich schlafend. - Die Revision des Angeklagten wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Zwei Jahre Zuchthaus um eine Hutfeder. Vor der Erfurter Strafkammer stand am Dienstag die Ehefrau eines Werkmeisters wegen versuchter Verleitung zum Meineid. Die Angeklagte hatte im Oktober 1910 auf dem Jahrmarkt einer Händlerin eine Hutfeder entwendet. Sie kam wegen Diebstahl unter Anklage und versuchte einige Frauen zu beeinflussen, sie möchten vor Gericht als Zeugen bekunden, daß sie die Hutfeder nicht gestohlen, sondern gekauft habe. Die Frauen wiesen vernünftigerweise dieses Anerbieten ab. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu 2 Jahren Zuchthaus. Die Mindeststrafe beträgt in diesem Falle ein Jahr Zuchthaus.

Zur Diebin aus Mutterliebe wurde die Dienstmagd Karoline K., die vor der Erfurter Strafkammer wegen schweren Diebstahls stand. Nachdem das Mädchen, so erzählte es weiter, wegen Schwangerschaft die Stellung verloren hatte, zog es zu einer Frau in Schlafstube. Um nun Wäsche für ihr Kind zu beschaffen, öffnete das Mädchen eine Bodenkammer mit einem falschen Schlüssel und eignete sich Wäsche zu. Da die noch unbestrafte Angeklagte sich in einer wirklichen Notlage befunden hatte, erkannte das Gericht auf die gefällig zulässige geringste Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Zwei Monate Untersuchungsstrafe wurden angerechnet.

Wirtschaftliches.

Bodenwucher!

Kürzlich ist in Berlin ein 10 Quadraten großes Grundstück zum Preise von 720 000 Mark verkauft worden. Der Verkäufer, der es vor 1 1/2 Jahren für 500 000 Mark erworben, hat demnach in 18 Monaten 220 000 Mark „verdient“. Daß er den Wert des Grundstückes um diesen Betrag vermehrt habe, wird kein Mensch behaupten wollen. Er hat gar nichts daran geändert. Sein Verdienst ist nichts anderes, als vorausbezogener Profit. Die Bodeninhaber usw., letzten Endes die Konsumenten, die ja die Bodenmieten in den Preisen mit bezahlen, müssen ihn ausfragen. Legt der Verkäufer den Profit zu 4 Prozent an, dann können er und seine Erben jedes Jahr 8500 Mark Zinsen verzehren, ohne für die Gesellschaft die geringste Arbeit zu leisten. Gleiche Menschen dagegen, die der Gesamtheit nützliche Dienste verrichten, auf deren Tätigkeit nicht verzichtet werden kann, erwerben kaum so viel, um von einem Tage zum andern gelangen zu können!

Rieseingewinne im voraus.

Ein Unternehmen, das im Golde schwimmt, ist die Kröllwitzer Aktien-Papierfabrik. Die 150 000 Mk. jungen Aktien, die auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 19. Dezember 1911 ausgegeben werden, sind zur Notierung im holländischen Kurszettel zugelassen, die erste Notierung erfolgte mit 190 Prozent. Das heißt auf deutsch: für jedes verkaufte auf 1000 Mark lautendes Aktienpapier wurden sofort 1900 Mark bezahlt. So reißen sich die Wohlhabenden danach, an den reichen Profitten der Papierfabrik beteiligt zu sein.

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Radjaher-Verein „Vorwärts“, Danzig.
Sonnabend, den 9. März 7. Uhr im Lokale des Herrn F. Seifert, Schulstr. 14. (alt. 100) 11. 11. 11.
Radjaher-Verammlung
Der Einberufer.

Sehr billig
Herren- und Damen-Uhren
Toppiche
D. Kahan

Von 38 bis 55 Mk.
Julius Falberg, Schneidermeister,
Breitgasse Nr. 107, 1 Tr. 1882
Max Krause, Danzig.
Zigarren-Versandhaus vis a vis Hauptbahnhof.
Filiale Rammkau 13
Spezialmarken
Probieren Sie „Göthe“, eine sehr feine mit 7 Pfg.-Zigarre
1 Stück 1 Pfg.

Central-Theater
Elbing, Brückstr. 15
Montag bis Mittwoch
Neues Programm.
Humor:
Lea sucht einen Mann.
Fritzchen als Detektiv.
Die List des Schornsteinfegers.
Little Hans als Tropensoldat.
Eine zu zärtliche Frau.
Dramen:
Esther.
Napoleon und s. Matrose
Der Lebensretter.
Im Krüppelheim.
Ausserdem Eintagen.
Die Direktion

Erstes Fahrrad-Leihhaus
An der Oberen 61.
Reparaturwerkstatt
Eiserne Emailierwerkstatt.

Muzik
Musikinstrumente
Klavier, Orgel, Harmonium, etc.

In Freien Stunden
Ein Bild einer Person in einer Landschaft.

Bei Verstopfung, Hämorrhoiden, zur Blutreinigung
Hausmittel „Bennopillen“
In Eibing.

Aus Westpreußen. Zu den Gemeindevahlen.

Im Monat März haben in einer Reihe von Landgemeinden die regelmäßig alle zwei Jahre notwendigen Gemeindevorteilwahlen stattgefunden. Wenn es sich auch hierbei nicht um große politische Fragen handelt, so dürfte sich doch empfehlen, die Agitation für diese Wahlen nicht zu vernachlässigen. An Stoff dazu fehlt es nicht. Die Gegner haben die ihnen durch eine rückständige Gemeindeverwaltung eingeräumte Macht in den Gemeindevorteilwahlen sehr häufig in der rücksichtslossten Weise für ihre Sonderinteressen und zum Schaden der Allgemeinheit, besonders der arbeitenden Bevölkerung, ausgenutzt, die am allermeisten unter dem Druck der sozialen Rückständigkeit zu leiden hat. Deshalb ziehen es die bürgerlichen Vertreter auch meist vor, sich vor den Wahlen möglichst ruhig zu verhalten. Jede öffentliche Wahlagitation ist ihnen ein Gräuel, weil sie befürchten müssen, für ihr Verhalten in den Gemeindevorteilwahlen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Und das wäre ihnen äußerst unangenehm; nichts fürchten sie mehr als die öffentliche Kritik. Deshalb die unüberwindliche Aversion gegen jede „lärmende Gemeindevorteilwahlen“, deswegen das Maulschweigen in geheimen Konventionen, in Hausbesüchen, Militär-, Krieger- und „Waterländischen“-Vereinen.

Je weniger die Gegner über ihre Tätigkeit als „Vorteilwähler“ verlauten lassen, desto mehr haben wir Veranlassung, dieses listige Treiben zu durchkreuzen und die Wähler darüber aufzuklären, wie ihre Interessen von den privilegierten bürgerlichen Vertretern sorgfältig mißachtet werden, wie in der Regel jede von den sozialdemokratischen Vertretern zum Wohle der Allgemeinheit geforderte Maßregel unter den Tisch fällt, wenn sie den persönlichen Wünschen der herrschenden Claqueurs nicht entspricht.

Diese Art der Agitation und Aufklärung kann nicht nur in einer am Vorabend der Wahl abgehaltenen Wählerversammlung betrieben werden. Ein nicht zu unterschätzendes Mittel für diese Agitation ist die Presse, die aber nur dann wirksam eingreifen kann, wenn sie von den Gemeindevorteilwählern aus den einzelnen Orten mehr unterläßt wird, als das in der Regel geschieht. Es wird sich besonders empfehlen, jetzt vor den Wahlen einmal die Jahresleistung der Gemeindevorteilwähler etwas genauer zu beleuchten und den Wählern kurz vorzuführen, wie die Wünsche und Interessen der Allgemeinheit von den einzelnen Vertretern respektiert worden sind und wie oft sie hinter Sonderinteressen zurückgehen mußten.

Wir ermahnen unsere Genossen, mit aller Kraft die Wahlbewegung zu fördern und überall, wo die Vorbedingungen gegeben sind, den Angriff auf die Gegner auf breiter Grundlage zu führen. Wir haben keine Veranlassung, uns wie die Gegner vor dem Urteil der Wähler zu fürchten. Je mehr wir uns an die Öffentlichkeit wenden, desto größer werden unsere Aussichten auf Erfolge bei den Gemeindevorteilwahlen.

Danzig.

Referenten-Abend am Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr im Kartellzimmer. Vortragender: Genosse Crispian. Thema: Die materialistische Geschichtsauffassung. Die Vorsitzenden der Gewerkschaften, die Bezirksführer, die Gewerkschaftsbeamten, sowie diejenigen Genossen, welche sich als Referenten ausbilden wollen, werden dringend ersucht, zu diesem Abend zu erscheinen.

Die Parteileitung.

Der erste Bildungsabend fand am 4. März statt. Beschlungen wurde, regelmäßig jeden Montag im Kartellzimmer zusammenzukommen. Die Beratungen beginnen pünktlich um 8 Uhr abends und enden spätestens um 10 Uhr abends.

Ueber die Ausgestaltung des Abends teilen wir folgendes mit: Jeder Teilnehmer muß nacheinander Vorträge halten, als Versammlungsleiter und als Schriftführer fungieren. Mit diesen praktischen Übungen und anschließenden Kritiken wird die erste Hälfte des Abends ausgefüllt.

In der zweiten Stunde folgen Leseübungen. Zunächst beschließen die Teilnehmer, Schillers Wilhelm Tell mit verteilten Rollen zu lesen. Später sollen andere Werke, neben schön geistigen auch wissenschaftliche, gemeinsam studiert und besprochen werden.

Die Leitung der Bildungsabende ist dem Genossen Crispian übertragen.

Teilnehmer mögen sich vor Beginn der Abende beim Obmann, dem Genossen Martins melden.

Frauenbewegung. Nach längerer, durch den Reichstagswahlkampf bedingten Unterbrechung tagte in der Mauerherberge wieder eine Frauen-Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt. Die Genossinnen folgten dem Vortrage des Genossen Schnell über das Thema: Was haben die Frauen vom Reichstage zu erwarten? mit lebhaftem Interesse. Sozialreform, Wehrmacht, Zollpauke und Wahlrecht waren die Punkte, über die der Referent sich ausführlich verbreitete. Er kam zu dem Schlusse, daß die proletarischen Frauen die Pflicht haben, sich der Organisation der Sozialdemokratie anzuschließen, zur Beseitigung der ungerechten Wirtschaftsordnung und ihrer Ersetzung durch die sozialistische Gesellschaft, die jedem in menschenwürdigem Dasein garantiert. Lebhafter Beifall folgte dem Vortrag.

Genossin Matikowsk verbreitete sich über die Hausangelegenheiten und ist eine lebhaft Agitation für eine, in Bälde stattfindende Versammlung der weiblichen Hausangehörigen im Gange. Die nächste Frauen-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 21. März in der Mauerherberge statt.

Elbing.

Die Lohnforderungen bei Schichau wurden, von der Arbeiterschaft in drei überfüllten Versammlungen gestellt. Mit Ausnahme weniger Heloten sind sich die Schichauarbeiter darüber klar, daß die Dinge so nicht weitergehen können und eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unbedingt erfolgen muß. Um die Bewegung lahmzulegen, begannen die Elbinger Reueisten Nachrichten die Mädchen mit den „Briefen“, die ihnen zugehen, aufs neue. So soll ihnen ein Arbeiter geschrieben haben:

„Ich kann es nicht übers Herz bringen und schweigen (darum diese Zeilen). Wir Arbeiter haben so lang bei der Firma gearbeitet und haben zufrieden gelebt, nun ist es, als wenn der Teufel los ist. Wenn die größten Agitatoren aus der Fabrik hinausgeworfen würden, da wäre es besser, und zwar bei Zeiten unauffälliger Weise.“

Heute am Sonntag sollen von den gewerkschaftlichen Organisationen 6 Versammlungen abgehalten werden, am Montag, den 26. Februar, 3 große Versammlungen im Vereinsgarten, Gewerbehau und Passenheim. Am Dienstag soll eingereicht werden (was mittlerweile geschehen ist. Die Red.) Und dann wollen sie kurzen Prozeß machen, wenn's nicht bewilligt wird. (Die Hauptsache ist bei ihnen, daß sie den Panzer lahmlegen wollen.) In Elbing sind ja viele Arbeiter zufrieden mit ihrem Gelde. Aus der Versammlung war zu ersehen, daß beinahe alle nicht für den Streik waren und überhand mit ihrem Lohne zufrieden sind. Nur haben sie Angst, daß die Firma Schichau alle Arbeiter aussperrt wird, und die Agitatoren, Trilse, Schulz und Genossen, wünschen, daß alle Arbeiter der Firma ausgesperrt werden, dann hat er sie alle unter einen Hut und sie sind der Sozialdemokratie verfallen.

Hochachtungsvoll

Langjähriger Arbeiter der Firma Schichau und Abonnent der Reueist. Nachrichten.

Wenn das wirklich ein Arbeiter geschrieben hat, ist der Mann keine Fierde seines Standes. Aber gleichviel, welchem geistigen Mißbeet diese Ausführungen entsprossen sind: Die Besinnung, die sie atmen, ist im höchsten Grade arbeitfeindlich. Die Schichauarbeiter werden den Wäch mit einem vordächlichen Lachen abtun. Ein solcher Versuch, ihre Einigkeit zu stören, ist gar zu plump.

Eine sterbende Fabrik ist das Neufeldtsche Emailierwerk. Die Direktion dieser Aktiengesellschaft richtete an die Münchner Reueisten folgende Zuschrift:

„Das Ergebnis des letzten Geschäftsjahres hat bekanntlich einen Verlust von 116 417 Mark ergeben. Hierzu kommt der Verlust aus dem Vorjahre von 54 215 Mark, so daß der Verlust bereits 170 633 Mark bei einem Aktienkapital von 547 000 Mark beträgt. Im Geschäftsbericht wurde schon darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft nur dann bestehen kann, wenn die kaum erschwingliche Zinslast, die die Bankschuld (nach der letzten Bilanz betragen die Kreditoren 367 571 Mark) unwesentlich die Teilschuldverschreibungen (nach der letzten Bilanz 815 000 Mark) ersfordern, besichtigt und wenigstens kräftig reduziert wird. Unbedingt nötig ist auch die Befreiung der derzeitigen Amortisationsverpflichtung, die verlangt, daß alljährlich steigende Beträge zu 105 Prozent zurückbezahlt werden müssen. So mußten auch in diesem Jahre 180 000 Mark ausgelöst werden, die am 1. Juli bezahlt werden sollen. Die Gesellschaft hat nun verträglich aus formellem Grunde diese Verlosung im laufenden Monat vorgenommen. Die Einlösung dieser Obligationen, ebenso des nächstfälligen Kupons, wird nur möglich sein, wenn die Aktionäre sich zum Opfer bereit finden und auch die Obligationäre durch eine Reduktion ihrer Ansprüche dazu beitragen, daß die Gesellschaft am Leben erhalten werden kann.“ - An den Arbeiterlöhnen liegt es wahrhaftig nicht, wenn das Unternehmen langsam zugrunde geht. An dem hat die Direktion von jeher wacker gepart.

Brot, das nicht mehr schmecken will. Ueber Mißstände, die dringend der Abhilfe bedürfen, klagen die Bäcker der Brotfabrik in der Langen Niederstraße. Trozdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe tariflich geregelt sind, kummert sich die Leitung und besonders der Backmeister, ein Herr Steinmeyer, wenig um diese Abmachungen. Die bei der Nachschicht vorgeordnete Eßpause von 1 1/2 Stunden scheint er nicht für nötig zu halten, denn wenn die Bäcker auch nur teilweise davon Gebrauch machen, geht es schon Ansehnauger. Lieberhaupt ist die Behandlung der Bäcker durch diesen Herrn eine sehr anmaßende. Vor einiger Zeit wurde neben der Brot-eine Weißbrotbäckerei errichtet, wodurch die wöchentliche Arbeitszeit um annähernd 10 Stunden verlängert wurde. Für die ersten beiden Wochen erhielten die Bäcker nun für die Mehrarbeit einen Zuschlag von 4 Mark. Dann wurde der Zuschlag mit der Begründung abgezogen, daß die zweimalige Zahlung von je 4 Mark nur ein Versehen gewesen sei. So müssen nun die Bäcker nicht 8, wie es der Tarif wollte, sondern 7 Schichten für den Wochenlohn arbeiten. Trozdem ist die Treiberei an der Tagesordnung und nur zu oft erkönnen die Worte: „Mit dem Verband lassen wir uns überhört nicht mehr ein, wenn es nicht paßt kann gehen, wir nehmen dann Leute für 17 bis 18 Mark und brauchen Euch gar nicht.“

Wenn in einem Betriebe, dessen Kundschaft sich größtenteils aus Arbeitern zusammensetzt, die Arbeiter und Familienväter so behandelt werden, dann ist es kein Wunder wenn vielen Arbeitern das Brot dieses Betriebes nicht mehr schmeckt.

Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1911. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im verfloßenen Jahr einen Umsatz von nahezu 110 Millionen Mark. Gegenüber 88,7 Millionen Mark im Vorjahr, ist das eine sehr erfreuliche Steigerung. Die Seifenfabrik erzielte 4,8 Millionen Mark Umsatz, in den Zigarrenfabriken betrug er 2,6 Millionen Mark. Auch hier ist die Zunahme erfreulich. Die Bankabteilung hatte 1911, dem dritten Jahr ihres Bestehens, einen Ueberschuß von 99,1 Millionen Mark in Debet und 100,9 Millionen Mark in Kredit.

Ein rebellierender Landarbeiter. Das Elbinger Schöffengericht verurteilte einen Landarbeiter aus Hansdorf zu zwei Monaten und einer Woche Gefängnis, weil er seinen Dienstherrn und dessen Sohn verprügelte. Ueber die Gründe, die den Landarbeiter zu seinem Vorgehen veranlaßten, teilt die bürgerliche Presse nichts mit. Daß der Mann indessen sich ganz ohne Ursache zu seiner unbedachten Handlung hinreißen ließ, wird kein Kenner unserer ländlichen Verhältnisse annehmen.

Marienburg.

Herr Blumenthal und der Sozialdemokrat. In Nr. 9 der Volkswacht berichteten wir, daß der „waterländische“ Parteigänger E. Blumenthal unseren Genossen Nowack zu sich einlud, um ihn für die Sache des Fortstrats Schröder zu gewinnen. Wir veröffentlichten damals den Wortlaut der Einladung, deren Original sich im Besitz unserer Redaktion befindet, und teilten in großen Zügen den Verlauf der Unterredung mit. Unsere Darlegungen gipfelten darin, daß drei Anhänger der „Waterländischen“ dem Genossen Nowack vergeblich 100 Mark geboten hätten, um ihn zu veranlassen, im Stichwahlkampf für die „waterländische“ Sache tätig zu sein. Genosse Nowack habe erklärt, mit Leib und Seele Sozialdemokrat zu sein und seine Überzeugung nicht für Geld zu verkaufen. Einen runden Monat wußten Herr Blumenthal und seine „waterländischen“ Parteifreunde auf unsere Ausführungen nichts zu erwidern. Dann erschien Ausgangs

Februar in einigen Provinzzeitungen folgende Berichtigung Blumenthals:

„Marienburg Westpr., 25. Februar 1912.“

Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß ich einem hiesigen Sozialdemokraten, falls er für den Kandidaten des hiesigen Waterländischen Wahlvereins agitiert, 100 Mark geboten und ihn in meinem Lokal freigehalten habe. Das ist unwar. Ich habe ihm weder Geld geboten, noch ihm unentgeltliche Getränke verabfolgt. Auch erkläre ich hiermit, daß ich von der hiesigen Leitung des Waterländischen Wahlvereins keinen Auftrag erhalten habe, mit Sozialdemokraten zu verhandeln. Ferner bemerke ich noch, daß ich Mitglied des Waterländischen Wahlvereins bin, aber keine Entschädigung für Wahlarbeit beansprucht oder erhalten habe.“

Der Volkswacht hat Herr Blumenthal keine „Berichtigung“ geschickt. Was er in seinen Ausführungen behauptet, ist entweder nebensächlicher Natur oder direkt falsch. Beispielsweise haben wir nicht eine Zeile darüber geschrieben, ob Herr Blumenthal für seine „Arbeit“ von den „Waterländischen“ Entschädigung beansprucht oder erhalten hat. Herr Blumenthal leugnet auch nicht die Unterredung, er behauptet nur, er habe kein Geld geboten, er habe keine unentgeltlichen Getränke verabfolgt. Beides hatten wir in dieser Form nicht behauptet. Wir schreiben: „Nachdem die Herren dem Genossen Nowack Bier und Nachahndel angeboten hatten“... Wenn Blumenthal bestreitet, den Genossen Nowack durch das Geldangebot in Versuchung geführt zu haben, so leidet er, gelinde gesagt, an einer starken Gedächtnisschwäche. Wir halten unsere Darstellung voll und ganz aufrecht. Und wenn es Herr Blumenthal wünscht, sind wir bereit, seine vergeblichen Gedanken in umfangreicher Weise aufzuklären. Ob ihm und seinen beiden „waterländischen“ Mitverschworenen dabei gedient wäre, möchten wir bezweifeln.

Danzig-Land.

Wahlkämpfe sind häßlich! Das hat der Bürgerverein von Oltwa entdeckt. Und so trat er zu den Haus- und Grundbesitzervereinen und an den Kommunalvereinen heran und schlug ihnen für die kommenden Gemeindevahlen ein Kompromiß vor, wie die Danziger Bürgerzeitung so schön schreibt, „dem Ort einen Wahlkampf mit seinen häßlichen Nebenerscheinungen zu ersparen“. Das gute Herz des Bürgervereins fand nicht die gebührende Wertschätzung der Gegenpartei. Mit den „fadenstehendsten Gründen“ lehnte diese den Vorschlag der Bürgervereiner ab. „Der in Oltwa ebenso beliebt wie bewährte Kadaw soll eben weitergehen“, bemerkt die Bürgerzeitung bissig. Schade um das schöne Techtelmeckel, das, kaum angeponnen, in die Brüche ging: Statt die Mandate am Stammtisch auszuknobeln, werden die Bürgervereiner nun in der häßlichen Wahlkämpfe um sie ringen müssen.

Wenn der Herr Amtsvorsteher nicht zu Hause ist. Am vorgestrigen Sonntag fand in Oltwa ein Vergnügen des Bauarbeiterverbandes statt. Genosse Brill begab sich zur Anmeldung und Entrichtung der Vergnügungssteuer am Sonnabend Vormittag ins Bureau des Gemeindegewaltigen. Doch Herr Lind war nicht anwesend und seine Beamten weigerten sich, die Vergnügungssteuer in Empfang zu nehmen, da sie dazu nicht berechtigt wären. Diese Erklärung gab einer wie der andere ab. Schließlich stand Genosse Brill mit vier Beamten in Diskussion. Es bedurfte einer halben Stunde, um die Beamten zu überzeugen, daß sie das „Recht“ zur Entgegennahme des Geldes hätten. Allzu oft dürfte eine Behörde, bei der der Steuerzahler sein Geld nur unter solchen Schwierigkeiten los wird, kaum zu finden sein.

In Weßlinken zerstörte eine Feuersbrunst Stall und Scheune des Zimmermeisters Betrieb. Der Schaden ist bedeutend.

Marienwerder.

Nobel. Der Magistrat von Marienwerder sucht, den Neuen Westpreussischen Mitteilungen zufolge, einen Bureauassistenten für ein jährliches „Behalt“ von 900 Mark. Das sind pro Tag 25 Dittchen. Wir fürchten, daß der Beamte bei dieser Entlohnung zu üppig wird. Der Magistrat hätte es sich doch noch einmal überlegen sollen, ehe er soviel Geld für einen Bureauassistenten ausgibt.

Erschossen. In dem Dorfe Treugenkohl kam es zu einem Streit zwischen dem Eigentümer Schnitzker und einem fremden Manne. Der letztere soll den Besitzer angeblich tätlich angegriffen haben, worauf ihn dieser niederschloß. Der Fremde blieb auf der Stelle tot.

Braudenz.

Ein Pfund Butter zwei Silbergroschen! In der Marienwerdererstraße wurde beim Abbruch eines alten Hauses eine Urkunde aus dem Jahre 1823 gefunden. Neben Aufzeichnungen über Familienverhältnisse finden sich in dem Dokument auch Angaben von allgemeinem Interesse. Ueber die Preise der Lebensmittel teilt das Schriftstück folgendes mit:

Ein Schfl. Weizen 1 Rthaler 10 Silber Groschen	Getreide und Mehlpreise.
ditto Roggen 1 Rthaler 4 „ „ „	ditto Silber Groschen
ditto Gerste 1 Rthaler 5 „ „ „	ditto
ditto Hafer „ „ „	ditto
ditto weiße Erbsen 1 Rthaler 20 Silber Groschen	ditto
ditto grau dito 1 dito 25 „ „ „	ditto
1 Pfd. Butter 2 Silber Groschen 1 Quart Bier 1 Silber Gr. 2 Pfg.	ditto
1 Pfd. Rindfleisch 2 Silber Groschen	ditto
1 Pfd. Schweinefleisch 2 Silber Groschen	ditto
1 Pfd. Kalbfleisch 1 Silber Groschen 6 Pfg.	ditto

Nur 89 Jahre vergingen seit den Tagen, von denen das Dekament Kunde gibt. Und doch müßt es wie ein Traum an, wenn man liest, daß für 18 Pfennige ein Pfund Kalbfleisch und für 24 Pfennige ein Pfund Butter käuflich war.

Die Scheune des Gärtners Griepentrog in Freystadt wurde durch ein Feuer zerstört. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man unter den Trümmern die Leiche des siebenjährigen Gärtnerehrings.

Thorn.

Die Solidarität der Ausbeuter. Die „Presse“ teilt mit, daß die Thornener Schneidermeister sämtliche Gehilfen aussperrten, wenn in Danzig, Braudenz, Bromberg, Insterburg und Königsberg keine Einigung zwischen Gehilfen und Meistern erzielt wird. Dabei geben die Herren selber zu, daß in Thorn kein Grund

